

17.27

**Abgeordneter Dr. Harald Walser** (Grüne): Frau Präsidentin! Frau Ministerin! Hohes Haus! Herr Kollege Wurm, Sie machen es einem schwer, denn wir werden von Ihnen meistens in einem Atemzug genannt: die Opposition! Und wenn man dann doch eine eher undifferenzierte Herangehensweise Ihrerseits erlebt, eine Sprachwahl, wo das Wort „Schonfrist“ genannt wird, dann muss ich sagen: Wir sind, bitte, nicht beim Jagen!

Wir haben die Aufgabe, gemeinsam mit der Frau Ministerin und gemeinsam mit den anderen Fraktionen hier zu konstruktiven Lösungen zu kommen. Und da werden Kinder nicht „geopfert“. (*Zwischenruf des Abg. Höbart.*)

Ich gebe Ihnen recht: Wir haben an unserem Schulsystem einiges zu tun. Aber wenn Kinder nicht mit Messer und Gabel essen können, dann können Sie nicht unbedingt das Schulsystem dafür verantwortlich machen, sondern dann hakt es deutlich im Vorfeld dazu. – Aber das nur zum Grundsätzlichen. (*Beifall bei den Grünen und der Abg. Grossmann. – Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Höbart.*)

Das, was wir heute hier erleben – es tut mir leid, wenn ich das so bezeichnen muss, es soll nicht despektierlich klingen –, ist eine pädagogische Kraut-und-Rüben-Debatte. Wir haben hier ein Sammelsurium, verpackt in dieses Schulrechtsänderungsgesetz, das sehr vieles enthält, was wichtig ist. Darin sind sehr viele Themen angeschnitten, über die wir wirklich intensiv diskutieren sollten und die es wert wären, einzeln diskutiert zu werden. Aber dem ist nun einmal nicht so.

Blicken wir ein bisschen zurück und schauen wir, was der Ausgangspunkt dieser heutigen Vorlage ist, die wir zu beschließen haben! – Es gab am 17. November dazu einen Beschluss der Regierung – die damalige Ministerin Heinisch-Hosek war mit dabei, sie hat das voll Begeisterung zusammen mit dem Herrn Staatssekretär Mahrer abgeklatscht –, und da wurde verkündet: Wir werden dieses Paket bis zur Sommerpause durchbringen!

Was wir jetzt haben, ist ein Schrittlchen, ein ganz kleiner Teil dessen, was damals versprochen worden ist. Und wir haben nahezu das Ende der Parlamentssaison erreicht. Wir haben nur noch eine Sitzung.

Dennoch: Das, was da drinnen steht, geht **größtenteils** in die richtige Richtung. Es sind kleine Schritte, aber es sind Schritte, wo ich sage: Zumindest die Weichenstellung stimmt! Allerdings muss man, wenn man es ein bisschen anschaut und ein bisschen einordnet, sagen: Wir haben da Änderungen, die teilweise notwendig sind, weil ältere Bestimmungen auslaufen. Das bezieht sich jetzt speziell auf die Sprachförderung.

Wenn wir da nichts tun würden, gäbe es keine Sprachförderung. Da musste also etwas getan werden und das Förderkonzept weitergeführt werden. Also eine große Leistung kann ich darin nicht erkennen.

Das Zweite sind eigentlich eher sozusagen kosmetische Operationen, die wir hier durchführen, das sind Änderungen kosmetischer Natur: zum Beispiel das Opting Out bei den Ziffernnoten. Bislang war es – Kollege Wurm, übrigens! – so, dass 2 000 Volksschulen der Meinung waren, dass die Ziffernote in den ersten drei Klassen nicht sinnvoll ist, dass es bessere pädagogische Rückmeldemöglichkeiten gibt. Diese 2 000 Schulversuche jährlich haben wir jetzt nicht mehr. Also darin kann ich nichts Negatives erkennen. Das ist ja wohl nun wirklich ein Fortschritt. Und die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen wissen schon, was sie da tun und warum das richtig ist.

Die dritte große Geschichte ist eigentlich eine Reparatur! Das ist eine Reparatur von Gesetzen, die in der Praxis nicht durchführbar waren, nämlich die Neue Oberstufe, wo es insbesondere an den BHS doch sehr, sehr große Probleme gibt.

Und so ganz kann ich die Ernsthaftigkeit bei dieser Reform nicht erkennen, wenn wir etwa auch heute über einen Abänderungsantrag abstimmen müssen, obwohl wir auch dem zustimmen werden, und wenn das mit der Begutachtungsfrist begründet wird. Ja, bitte, die Begutachtungsfrist war abgelaufen, als wir das im Ausschuss diskutiert haben. Also da hat sich offensichtlich im Nachhinein noch eine Erkenntnis durchgesetzt, dass es bei der Matura auch nicht so gut läuft.

Insgesamt also können wir in dem Ganzen zwar kleine Fortschritte erkennen, ich muss aber vielleicht an einem Beispiel deutlich machen, warum das viel zu wenig weit geht. Es handelt sich da um die Sprachförderung. Das ist nun wirklich eine zentrale Angelegenheit, eine zentrale Aufgabe der Schule – aller Schultypen, aller Schulstufen! Warum, bitte, befristen wir das wieder auf drei Jahre? Warum können Kinder nur zwei Jahre an der Sprachförderung teilnehmen? Wir wissen – und das sagen uns alle Expertinnen und Experten und das sagen uns vor allem auch die Lehrerinnen und Lehrer –, dass Sprachförderung eine **durchgängige** Aufgabe ist. Orientieren wir uns da doch an positiven, an erfolgreichen Modellen!

Wir Grünen haben im Ausschuss und auch in den vergangenen Jahren schon mehrmals auf solche Modelle hingewiesen. Ich erinnere da an das Hamburger Modell zur Sprachförderung „FörMig“, wo wirklich umfassend das Kind betrachtet und, solange es in der Schule ist, auch begleitet wird. Da gibt es Rückmeldungen, da wird der Fortschritt gemessen, da wird kontinuierlich gearbeitet. Dazu braucht es aber auch

qualifizierte Pädagoginnen und Pädagogen. Auch das haben wir leider nicht. Auch da fehlt es in der Ausformung.

Insgesamt ist diese Sprachförderung auch viel zu stark reglementiert. Es gibt im Prinzip zwei große Möglichkeiten. Wenn ich mit Kolleginnen und Kollegen an den Schulen spreche, sagen sie mir, häufig wäre halt eine Mischform notwendig: dass wir Gruppen kurz einmal zusammenfassen, aber dann integrativ in der Klasse unterrichten und dass wir je nach Lernfortschritt feststellen: Müssen wir jetzt eine Gruppe mit Sprachschwierigkeiten für kurze Zeit beieinander lassen oder können wir bereits mit der integrativen Förderung in der Stammklasse beginnen? Und **diese** Entscheidung, bitte, lassen wir doch die Lehrerinnen und Lehrer treffen! Die können das am besten machen.

Ein weiterer Punkt abschließend, auf den ich schon auch eingehen möchte: der Schulstart Neu. – Das ist ein **ganz zentraler** Punkt! Da gibt es Verbesserungen, das konzedere ich Ihnen, das gestehen wir zu. Aber auch da haben wir das Problem, dass wir die Sache nicht konsequent genug anpacken. Was wir brauchen, ist eine flexible Schuleingangsphase. Was wir brauchen, sind standardmäßig jahrgangsübergreifende Klassen. Was wir brauchen, ist beispielsweise auch eine Integration der Vorschulklassen, die aus unserer Sicht nicht notwendig sind, wo wir den Kindern die notwendige Zeit geben können – nämlich in der Schulstufe eins, und das ist eben nicht eine Klasse –, sich zu entwickeln, und wo man dann am Ende beurteilen kann, ob das Kind nun so weit ist, dass es aufsteigen kann, oder nicht, und wo wir vermeiden können, dass es zur Diskriminierung kommt.

Es gäbe noch vieles zu sagen, das ist logisch. Die Aufzählung der Kollegin Jank hat gezeigt, dass es da eine ganze Palette von Diskussionsnotwendigkeiten gibt. Wir können das hier heute leider nicht alles bewerkstelligen. Ich kann nur generell dazu sagen – und das ist ein Appell an Rot und Schwarz –: Wir werden, was die Bildungspolitik anlangt, künftig garantiert deutlich mehr Mut brauchen als das, was wir bisher hier feststellen konnten! – Danke. *(Beifall bei den Grünen.)*

17.35

**Präsidentin Doris Bures:** Als Nächster zu Wort gelangt Herr Klubobmann Strolz. – Bitte.